

Die Neue Gesell- schaft 9

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

1975
22. Jahrgang

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Dr. Karl-Ludolf Hübener (verantwortlich)
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Bundeskanzlerplatz
Bonn-Center A III 502
Telefon 22 50 73, 22 50 83

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70-500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108-112

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 7

Zum Inhalt

Der Schleier der Geheimhaltung um die „Große Rochade“ hat sich ein wenig gelüftet. Das großräumige militärische September-Manöver in Bayern wurde allen Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von der Bundesregierung angekündigt. Damit entsprach Bonn erstmalig einer Vereinbarung, die in der Schlußakte der KSZE getroffen worden ist. Man sollte diese Übereinkunft nicht überbewerten, denn an der Sicherheitslage in Europa ändert sich damit noch nicht viel. „Aber diese Absprache ist ein politischer Fortschritt auf dem Wege zu weiteren Vereinbarungen, durch welche die militärische Bedrohung herabgesetzt und die gefährliche Massierung von Truppen und Waffen in Europa verringert werden soll“ – so Bundeskanzler Helmut Schmidt in Helsinki.

Als am 1. August in Helsinki die Staats- und Regierungschefs aus 35 Staaten ihre Unterschriften unter das Schlußdokument setzten, waren damit zweijährige zähe Verhandlungen und Beratungen am Genfer See erfolgreich abgeschlossen worden. Allein den notorischen Neinsagern von der Bonner Opposition blieb es vorbehalten, weiterhin in düsteren Farben zu schwelgen. Wenn es auch wohl falsch ist, „beim gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Ost und West die unmittelbaren Erwartungen zu hoch anzusetzen“, so sind doch „wichtige Formeln des Friedens durch Entspannung und durch Zusammenarbeit von den Staaten in Ost und West als gemeinsame politische Absicht niedergeschrieben worden, und damit sind Maßstäbe gesetzt worden“ (Helmut Schmidt in seiner Helsinki-Erklärung). Nüchtern, aber gleichwohl anerkennend bewertet Helmut Schmidt denn auch das Abschlußprotokoll in seinem Beitrag „KSZE: Entspannungs- und zugleich Lernprozeß“.

Von immenser Bedeutung für die SPD ist fraglos auch der Komplex „Vertrauensarbeit – Parteiorganisation“, der sicherlich auf dem Mannheimer Parteitag zu lebhaften und wohl auch kontroversen Diskussionen führen wird. Herbert Wehner streicht in seinem Beitrag die „Kernsätze“ im OR '85 heraus: „Die Entwicklung einer politischen Strategie ist von der Vertrauensarbeit der Partei abhängig. Wer po-

litische Ziele festlegen will, muß wissen, wie die Dinge sind und was die Menschen wollen.“ Es sei deshalb „das organisatorische Problem, zu ergründen, was die Menschen bewegt, daß und wie ihre Fragen von uns beantwortet werden, und so Politik umzusetzen in Debatte, Diskussion und in millionenfache Vertrauensbeweise bei Abstimmungen und Wahlen.“

In diesem Zusammenhang vertritt Peter Glotz – „Arbeit im vopolitischen Raum“ – die Auffassung, daß das Gespräch der SPD in der und mit der Gesellschaft nicht nur aufgrund innerer Schwierigkeiten der Partei ins Stocken geraten sei, sondern auch aufgrund verlorengegangenen Selbstvertrauens mancher Sozialdemokraten. Glotz sieht keinen Grund, den Mut zu verlieren, und formuliert vier Thesen für eine erfolgversprechende Vertrauensarbeit. – Dagegen befürchten Heilmann/Altrogge/Stemplewski wie auch Junker/Mager, daß eben diese Vertrauenswerbung entscheidende Einbußen erleiden müsse, wenn die neuen Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften aufrechterhalten bleiben. Eine Einschränkung der Öffentlichkeitsarbeit würde Funktion und Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften grundsätzlich in Frage stellen.

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Heftes zielt auf die sogenannte Frauenfrage. Damit will sich die „Neue Gesellschaft“ nicht in die Schar der Festtagsschreiber zum Jahresthema einreihen, um sich mit einem einmaligen Aufgreifen einer ansonsten lästigen Pflicht zu entledigen. Tatsache ist, daß Frauenpolitik in der SPD – August Bebel: „Frauen und Arbeiter haben gemein, Unterdrückte zu sein“ – ihre Tradition hat, daß aber noch immer erhebliche Defizite in der praktischen Lösung als auch in den programmatischen Aussagen bestehen. In diesem Sinne sollen die vorliegenden Beiträge einen Anstoß liefern.

Seite	Autor	Titel
700	Helmut Schmidt	KSZE: Entspannungs- und zugleich Lernprozeß
Thema: Vertrauensarbeit und Organisation		
704	Herbert Wehner	Vertrauensarbeit in der SPD – aktive und organisierte Orientierungshilfe
708	Peter Glotz	Arbeit im vopolitischen Raum
714	Klaus Helmann/ Hans-Peter Altrogge/ Jochen Stemplewski	Arbeitsgemeinschaften benötigen politischen Spielraum
722	Abbo Junker/ Peter Mager	Die SPD und ihre Arbeitsgemeinschaften
724	Paul Hitzke	OR '85: Grenzen einer innerparteilichen Diskussion?
Thema: Frauenpolitik		
731	Anke Riedel-Martiny	Genosse Hinderlich und die Frauen – Die Situation weiblicher Mitglieder in der SPD
735	Ulrike Ries	Berufstätigkeit der Frau: Chance zur Emanzipation
740	Bärbel Hiller/ Heldi Knake	Familie als Gegenstand sozialistischer Politik
744	Katharina Focke	Frauen und Entwicklung – Standort und Perspektiven frauenrelevanter Entwicklungspolitik
748	Hans-Jochen Vogel	Staat und Recht in sozialdemokratischer Sicht
752	Gerhard Jahn/ Monika Wulf-Mathies	Reform des § 218 sozialpolitisch abgesichert
756	Wolfgang Roth	Wachstumskrise und sozialdemokratische Reformpolitik
761	Helnz Fallak	Zur Lage des Spitzensports
767	Peter Hofmann	Reform gegen Kostenexplosion im Gesundheitswesen
770	Karl Kühne	Die erste Nachkriegsdepression
777	Dieter Schneider	Der Zerfall des peronistischen Systems in Argentinien
782		Leserbriefe
784		Kritik
784		Mitarbeiter dieses Heftes
Diesem Heft liegt eine Lexikonankündigung des Alfred Kröner Verlags, Stuttgart, bei.		

Helmut Schmidt: KSZE: Entspannungs- und zugleich Lernprozeß

I

Um sie einer breiteren Öffentlichkeit näher zu bringen, ist die Konferenz mit dem publikumabschreckenden Kürzel KSZE gelegentlich mit dem Wiener Kongreß von 1814/15 verglichen worden, der Europas Staatenordnung für ein Jahrhundert festgelegt hat. Aber die beiden europäischen Veranstaltungen haben miteinander nichts gemein. Selbst der Vergleich zwischen dem aus der Revolution von 1789 hervorgegangenen und trotz Restauration neuen Frankreich, das auf dem Wiener Kongreß als europäische Großmacht anerkannt wurde, und der aus der bolschewistischen Oktober-Revolution von 1917 hervorgegangenen Sowjetunion hinkt. Denn Talleyrand trat als Verlierer in Wien auf; Leonid Breschnews Sowjetunion aber war, nach ihrem Sieg im Zweiten Weltkrieg, lange vor Helsinki als Supermacht von jedermann anerkannt worden.

In einem Zeitalter internationaler Politik, das von der Existenz der Kernwaffen und dem Wettstreit der Systeme gekennzeichnet ist, hat die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ihre eigene, zeitgemäße Qualität. Sie bedeutet auf dem langen und mühevollen Weg der Entspannung zwischen den antagonistischen Staatengruppen des Ostens und des Westens einen Schritt nach vorn.

Seitdem die Kuba-Raketen-Krise von 1962 zur unumstößlichen Einsicht geführt hat, daß es zur Politik der Entspannung keine Alternative gibt, ist — trotz mancher Enttäuschungen und Rückschläge — auf dem Wege dieser Politik ein beachtliches Stück zurückgelegt worden. Wesentliche Stationen waren der Atomtest-Stopvertrag, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, der Vertrag über die Begrenzung strategischer Waffensysteme (SALT I) u. a.

Die Bundesregierungen haben seit 1969 aktiv zu diesem Prozeß der weltweiten Entspannung und Sicherung des Friedens beigetragen, so durch

- den Vertrag mit der UdSSR vom 12. August 1970;
- den Vertrag mit der VR Polen über die

Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, der durch die am Rande der Helsinki-Konferenz getroffene Vereinbarung auf eine Stufe der weiteren praktischen Ausfüllung gehoben wird;

- den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 21. Dezember 1972;
- den Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR vom 11. Dezember 1973. Außerdem hat das Abkommen der Vier Mächte vom 3. September 1971 Berlin in den Prozeß der Entspannung einbezogen, es war deshalb ebenso von weltpolitischer Bedeutung wie die deutschen Ost-Verträge.

II

Die verschiedenen Schritte der Entspannung bedingen sich gegenseitig. So wurde auch der Versuch, diese Politik über die bilateralen Verbesserungen hinaus auf die multilaterale Ebene der KSZE zu heben, erst durch die genannten Verträge möglich und nachdem zwischen den Staaten der Atlantischen Allianz und des Warschauer Paktes Einigkeit erzielt worden war, den militärischen Bereich nicht aus der Entspannung auszuklammern, sondern in Wien über eine beiderseitige und ausgewogene Verminderung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa zu verhandeln (MBFR). Sowohl bei der KSZE als auch bei den MBFR-Verhandlungen schließlich ist die gleichberechtigte Teilnahme der USA und Kanadas und damit das Mitspracherecht der beiden nordamerikanischen Staaten in Fragen der europäischen Sicherheit unumstritten von allen Beteiligten anerkannt worden.

III

Die Ergebnisse der Konferenz von Helsinki konnten nur Kompromisse auf einem durchwegs kleinen gemeinsamen Nenner sein. Bei 35 teilnehmenden Staaten mit verschiedenen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ideologischen Systemen, von unterschiedlicher Größe, Wirtschaftskraft, sozialer Entwick-

lung, militärischem Potential und geographischer Lage war anderes nicht denkbar.

Gleichwohl und trotz aller gebotenen Nüchternheit beim Blick auf die Schlußakte der Konferenz und die Möglichkeit, sie in praktische Politik umzusetzen, sind ihre Ergebnisse beachtlich.

Zum ersten Male sind in dem Dokument von Helsinki wichtige Formeln des Friedens in gemeinsamer Zusammenarbeit der Staaten in West und Ost sowie der Neutralen und Blockfreien als alle verpflichtende Absicht niedergeschrieben worden. Damit werden Maßstäbe für die gemeinsam auszuführende Entspannungspolitik gesetzt, die für jedermann einsehbar und nachprüfbar sind.

IV

Unter den zehn allgemeinen Grundsätzen für zwischenstaatliches Verhalten, die in der KSZE-Schlußakte aufgeführt werden, sind auf der Gipfelkonferenz in den Grundsatzklärungen der Staatsmänner jene besonders gewürdigt worden, die sich mit der Frage der Grenzen in Europa befassen. Die Bundesrepublik Deutschland hat von jeher den Verzicht auf Androhung oder Anwendung von Gewalt als Grundlage ihrer Politik betrachtet. Das gilt auch für die Änderung von Grenzen. Grenzen sind unverletzlich. Aber sie müssen auf friedlichem und einvernehmlichem Wege verändert werden können. Weil es unser Ziel bleibt, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, weil ferner die Staaten der Europäischen Gemeinschaft am erklärten Ziel einer Europäischen Union festhalten, unterstreichen wir im Prinzipien-Katalog der Schlußakte von Helsinki neben dem Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen die Möglichkeit, sie friedlich und einvernehmlich zu verändern.

Daß diese Option zustimmend mit der Unterschrift von 35 Spitzenpolitikern Europas und Nordamerikas versehen worden ist, stellt eine zusätzliche Abstützung unserer Deutschland- und Europa-Politik dar. Die im Prinzipien-Katalog ferner enthaltene Rechtswahrungsklausel, dazu der Hinweis, daß die Erklärungen in ganz Europa, mithin also auch in Berlin,

wirksam werden sollen, sind zusätzlich absichernde Elemente unserer Berlin-Politik. In diesem Zusammenhang muß dankbar erwähnt werden, daß der britische Premierminister Harold Wilson, der französische Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing und US-Präsident Gerald Ford in Helsinki die Notwendigkeit einer vollen Einbeziehung Berlins in die europäische Entspannungspolitik erneut unterstrichen und sie als Test bei der Verwirklichung der in der KSZE-Schlußakte formulierten Absichten dargestellt haben.

V

Die vertrauenbildenden Maßnahmen — Ankündigung von Manövern und Austausch von Manöver-Beobachtern — in der KSZE-Schlußakte nehmen sich substantiell bescheiden aus. Und doch ist hier zum ersten Male ein Anfang gemacht worden, militärische Aspekte Europas allgemein zu erörtern. Auch sollte nicht übersehen werden, daß die Sowjetunion mit ihrer Zustimmung zu den vertrauenbildenden Maßnahmen im militärischen Bereich von ihrem traditionellen Verhalten abgewichen ist.

Vor allem aber hat die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit die Einsicht gestärkt, daß der militärische Aspekt nicht aus der Entspannung ausgeklammert werden darf, wenn sie nicht unglaubwürdig werden soll. Die MBFR-Verhandlungen in Wien sollten jetzt, auf der Grundlage der Helsinki-Schlußakte, fortgeführt werden, ihr Fortgang ein erster Test auf die KSZE sein.

VI

Für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den osteuropäischen Staatshandelsländern hat die Schlußakte von Helsinki den Grundsatz der „ausgewogenen Gegenseitigkeit“ fixiert. Auch sind gewisse Leitlinien für das nicht immer einfache Zusammenspiel der westlichen Staaten mit den Staatshandelsländern zu Papier gebracht worden. Sie können den im letzten Jahrfünft stark gestiegenen Wirtschaftsaustausch der Bundesrepublik Deutschland mit Osteuropa erleichtern und die Nutzung der beiderseitigen Ressourcen zum gemeinsamen Vorteil fördern.

Entspannung kann nicht allein Sache von staatlichen und ökonomischen Beziehungen sein, sondern sie muß den Menschen im Alltag praktisch zugute kommen und für sie spürbar werden.

Was die Konferenz-Schlußakte im sogenannten „Korb drei“ unter dem Kapitel „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ in dieser Hinsicht an Ergebnissen bringt, ist für uns und alle jene Staaten kaum befriedigend, die Freizügigkeit für Menschen und Informationen als Selbstverständlichkeit des Alltags praktizieren. Die geschlossene Gesellschaft als Grundlage der osteuropäischen Staaten kann mehr Freizügigkeit für Menschen und Informationen aber offenbar nur in kleinen Dosierungen vertragen. So gering den Staaten mit offenen Gesellschaften der Inhalt des Korbes drei der KSZE dünken mag, so bedeutend ist dieser Inhalt als ein Anfang für die Menschen in den kommunistischen Staaten. Einstweilen müssen wir bei diesem Kapitel mit dem vorliebnehmen, was angesichts der Systemunterschiede und des noch bestehenden Mißtrauens heute möglich ist. Die Menschen haben den dringenden Wunsch nach Abbau der noch bestehenden Beschränkungen. Und auch sie haben mit dem Text der KSZE-Schlußakte jetzt einen Maßstab in der Hand, an dem sie im Alltag den Entspannungswillen ihrer Regierung messen können.

VII

Der Inhalt der KSZE-Schlußakte ist ein Kompromiß, der in sich ausgewogen ist und darstellt, was heute in Europa als Möglichkeit von Entspannungspolitik gesehen wird – als Möglichkeit und als Absicht. Der Text des Dokuments von Helsinki mag in seinen einzelnen Teilen von den Teilnehmerstaaten unterschiedlich bewertet werden. Aber die Ernsthaftigkeit der politischen Absichtserklärung muß gleichermaßen in allen ihren Punkten erwiesen, das Papier der Schlußakte in allen Teilen nachprüfbar Wirklichkeit werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland, ja, für den gesamten Westen kann das kein Problem sein. Vieles von dem, was die Konferenz-Schlußakte enthält, ist für uns bare Selbstverständlichkeit und seit langem praktizierte Poli-

tik. Mit unseren Partnern in der Europäischen Gemeinschaft und unseren Verbündeten in der Atlantischen Allianz haben wir seit Beginn der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa erfahren, daß uns nicht nur gemeinsame Interessen und Ziele binden, sondern daß wir auch imstande sind, sie in den politisch-diplomatischen Prozeduren gemeinsam besser zu vertreten, als andere und wir selbst uns zugetraut haben.

Das festzuhalten scheint nicht überflüssig zu sein in einem Augenblick, da mancherorts aus einer überwindbaren Krise der weltwirtschaftlichen Strukturen eine Krise des Selbstvertrauens hocheffizienter demokratischer Gesellschaften zu werden droht.

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist ein Stück Entspannungsprozeß und zugleich ein Stück Lernprozeß für alle Beteiligten. Nüchternheit bleibt angezeigt. Sie stellt sich von selber ein, wenn wir uns bewußt bleiben, daß auch im fortschreitenden Entspannungsprozeß die ideologischen Gegensätze unaufhebbar bleiben, daß die elementaren Unterschiede im Verfassungs- und Sozialsystem sowie im Menschenbild auf beiden Seiten bestehen bleiben, daß die Tatsache anhaltender Rüstung ebenso unübersehbar ist wie die fortbestehende Notwendigkeit, sich gemeinsam mit den Alliierten verteidigen zu können.

Aber die Einebnung der Gegensätze in einem langen und stetigen Prozeß bleibt ebenso notwendig. Ein Schritt auf diesem Wege kann die Konferenz von Helsinki sein. Als politische Absichtserklärung stellt sie hohe Ansprüche – an die Entspannungspolitik und die Glaubwürdigkeit der Regierungen, die sich ihr durch eine feierliche Unterschrift verpflichtet haben.